

DIE BILDE

Thema
**HALTUNG
GEGEN RECHTS**

LEFF ELD IDEE

Drei Punkte gegen Rechts und für Demokratie • Interview zur Gedenkstätte
Stalag 326 • Das IBZ Friedenshaus e.V. stellt sich vor

Inhalt

Grußwort.....	3
Storchen Sonderseite	4
Leitartikel: Drei Punkte gegen Rechts und für Demokratie.....	6
Leitartikel: Rechtsterrorismus: Eine Gefahr vor der Haustür	8
Zahlen.....	10
Stolpersteine polieren - so wird es gemacht	11
Interview zur Gedenkstätte Stalag 326	12
Wiebke unterwegs.....	14
Das IBZ Friedenshaus e.V. stellt sich vor.....	18
Bericht aus Berlin	20
Das Team	22
Ankündigungen	23
Rätsel.....	24

Hallo, ich bin der Leineweber. Vielleicht kennt Ihr mich, schließlich bin ich ein echter Ur-Bielefelder. Hier führe ich Euch gerne durch das Heft.

Auf dem Titelbild könnt Ihr bereits das IBZ Friedenshaus e.V. in Bielefeld erkennen. Mehr über diese tolle Einrichtung erfahrt Ihr in dieser Ausgabe. Foto: Benedikt Labes.



Dieses Logo kennzeichnet Artikel zur Umsetzung der Bielefeld Ideen. Die Bielefeld-Idee: Was hat es damit auf sich? Schon vor Wiebkes erstem Bundestagswahlkampf 2017 hat Wiebke das Versprechen abgegeben, nicht nur häufig mit Menschen persönlich ins Gespräch zu kommen, sondern auch ihre guten Ideen aus Bielefeld mit nach Berlin zu nehmen.

Liebe Leserinnen und Leser,

bereits zum siebten Mal heiße ich Euch an dieser Stelle herzlich willkommen in meiner Wahlkreiszeitung „Die Bielefeld Idee“. Hiermit möchte ich Euch einen direkten Einblick in meine Arbeit als direkt gewählte Bundestagsabgeordnete für Bielefeld und Werther geben – dieses Mal rechtzeitig als Lektüre für die Sommerferien.

Trotz des guten Wetters und der Vorfreude auf den Sommer möchte ich den Blick in dieser Zeitung auf ein sehr wichtiges Thema legen, das mir persönlich viel bedeutet und einer der Gründe ist, warum ich politisch aktiv geworden bin: Den Einsatz für Demokratie und Vielfalt und den Kampf gegen Rechts.

Ich bin überzeugt davon, dass wir uns rassistischem und ausgrenzendem Gedankengut lautstark und aktiv entgegenstellen müssen. Deshalb setze ich mich unter anderem gemeinsam im Bielefelder Bündnis gegen Rechts dafür ein, dass Bielefeld eine weltoffene Stadt bleibt, in der alle Menschen respektiert werden. In meinem Leitartikel habe ich dazu “Drei Punkte gegen Rechts und für Demokratie” zusammengefasst (Seite 6-7).

Außerdem findet Ihr in dieser Ausgabe wieder weitere spannende Artikel und tolle Gastbeiträge. So schildert uns mein lieber Freund Storch Heinar in einem Gastbeitrag Argumente gegen Populismus, Querdenker und Gründe, warum die AfD eben keine “normale” Partei ist (Seite 4-5). Zudem erfahrt Ihr in einem Hintergrundbericht mehr über die erschreckend hohe Anzahl rechtsextremer Straftaten im letzten Jahr sowie über die Aktivitäten der “Gruppe S.,” die sich auch in unserer Region getroffen hat und der vorgeworfen wird, mehrere Anschläge auf Moscheen und Politiker*innen geplant zu haben (Seite 8-9).

Daneben möchte ich ein besonderes Schlaglicht auf die lokale Erinnerungsarbeit und Gedenkpolitik legen. Um auch im Alltag immer wieder ein Zeichen dafür zu setzen, dass die Verbrechen des Nationalsozialismus niemals in Vergessenheit geraten, findet Ihr auf Seite 11 eine kleine Anleitung zum Stolpersteine-Putzen.

Am 22. Juni jhrte sich zudem der Überfall der deutschen Wehrmacht auf die Sowjetunion zum 80. Mal. Der Massenmord an den sowjetischen Kriegsgefangenen während des Zweiten Weltkriegs ist noch immer kaum bekannt. Ich



bin daher sehr dankbar, dass wir im Bundestag erreichen konnten, die Gedenkstätte Stalag 326 in unserer Region mit 25 Millionen Euro zu fördern, um das Bewusstsein für diese Verbrechen zu stärken. In einem Interview mit Jürgen Heinrich erfahrt Ihr mehr über die Gedenkstätte und ihre Hintergründe (Seite 12-13).

Ganz besonders möchte ich mich beim IBZ-Bielefeld, dem Internationalen Begegnungszentrum Friedenshaus e.V. bedanken, die sich seit vielen Jahren in unserer Stadt als Begegnungsttte für Vielfalt und Weltoffenheit einsetzen. Ihr findet daher nicht nur auf dem Cover dieser Zeitung ein Foto dieser wichtigen Organisation in unserer Stadt, sondern könnt im Bericht von Charbel Gauthe auch mehr über die konkrete Arbeit und Bildungsangebote des IBZ erfahren (Seite 18-19).

Wie immer möchte ich Euch in dieser Zeitung auch von meinen digitalen Begegnungen und Terminen bei uns vor Ort in Bielefeld und Werther berichten (Seite 14-17). Zudem gibt es wieder viele interessante Kurzmeldungen in meinem Bericht aus Berlin (S. 20-21), um einen Eindruck davon zu vermitteln, welche Beschlüsse im Bundestag in den letzten Monaten

getroffen wurden. Daneben lernt Ihr in dieser Ausgabe wieder ein Mitglied meines Teams kennen, dieses Mal stellt sich Marieke aus meinem Bielefelder Büro vor (Seite 22). Zum Abschluss erwarten Euch wie immer aktuelle Ankündigungen (Seite 23) sowie ein kniffliges Rätsel, bei dem es wieder tolle Preise zu gewinnen gibt.

Zu guter Letzt wünsche ich Euch eine erholsame Sommerzeit nach den anstrengenden letzten Monaten der Pandemie. Ich persönlich freue mich in diesem Sommer vor allem darauf, wieder mehr direkte Begegnungen mit den Menschen in unserer Stadt zu haben und viele Gespräche zu führen – idealerweise bei einem Eis im Rahmen meiner Sommertour.

Viel Spaß beim Lesen!

Eure Wiebke Esdar

Schwurbler, Leerdenger und warum die AfD alles andere als „normal“ ist

Ein Gastbeitrag von Storch Heinar.



Gestatten: Heinar. Storch Heinar. Modedesigner. Antifaschist. Beliebtes Hassobjekt von NPD, AfD und sonstigen rechtsextremen Bewegungen. Als Wiebke Esdar mich fragte, ob ich in ihrer feinen Zeitung nicht eine kleine Kolumne zum Thema Gefahr von Rechts für unsere Demokratie übernehmen möge, sagte ich sehr gerne zu.

Falls jetzt jemand auf die Idee kommt, dass es gar keine sprechenden geschweige denn schreibenden Störche gibt, möchte ich nur in Erinnerung rufen, dass das manche Menschen auch über Bielefeld behaupten. Und ich gehe davon aus, dass Sie das gerade beim Lesen dieser Zeilen in und um Bielefeld herzlich wenig stört. Wobei wir mitten im Thema sind: Verschwörungstheorien.

Davon gibt es in diesen Tagen viel zu viele, und sie werden vor allem von Kräften am rechten Rand des politischen Spektrums benutzt, um Menschen zu verunsichern, Unruhe zu stiften und unser demokratisches Staatswesen und unsere Gesellschaft in Frage zu stellen.

Sie sind bestimmt auch schon damit in Kontakt gekommen. Angefangen bei den Mikrochips, die Ihnen Bill Gates angeblich mit der Corona-Impfung verabreichen möchte. Oder der „Deutschland ist eine GmbH“-Geschichte, die aus den Kreisen von Reichsbürgern kommt. Auch schön die Geschichte von tausenden entführten Kindern, denen angeblich Adrenochrom „abgezapft“ würde. Alles riesengroßer Unsinn, der jeglicher Basis entbehrt.

All diesen „Erzählungen“ ist gemein, dass behauptet wird, nichts wäre so, wie es ist. Außerdem würde Sie das Wissen um diese „Geheimnisse“ zu einem Auserwählten machen. Klar, wer wäre nicht gerne „auserwählt“?

Und dann gibt es eigentlich in jeder dieser Erzählungen eine „ganz geheime Organisation“, die im Hintergrund die Fäden zieht. Diese Organisationen und Gruppen sind so geheim, dass noch nie ein Mensch davon gehört hat. Also außer diesem durchgeknallten Autor veganer Kochbücher und dem örtlichen Dorftrottel natürlich, die über diese total geheime und allmächtige Organisation, die ganze Regierungen in ihrer Hand hat, völlig frei und ungestört auf Twitter, Facebook und vor allem Telegram schreiben können. Na klar.

Vor allem im Umfeld der „Querdenker“-Bewegung (ich nenne sie ja lieber „Leerdenger“ – das ist schlicht passender) können Sie ganz viele solcher Schwurbler-Geschichten hören. Nur glauben sollten sie nichts davon.

So ist bisher erwiesenermaßen kein einziger Mensch in Deutschland an einer Schutzmaske erstickt oder hat bleibende Schäden davongetragen. Und in der Corona-Schutzimpfung be-

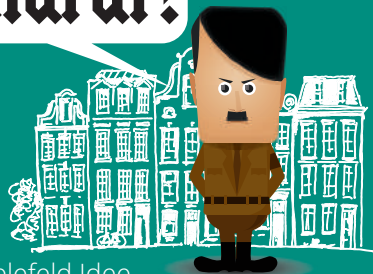
Storch Heinars kleiner Diktatur-Test

Kennen Sie diese Menschen, die behaupten, wir lebten in einer Diktatur und man dürfe ja nichts mehr sagen? Denen empfehle ich immer meinen kleinen Diktatur-Test. Ist ganz einfach.

SCHRITT 1:

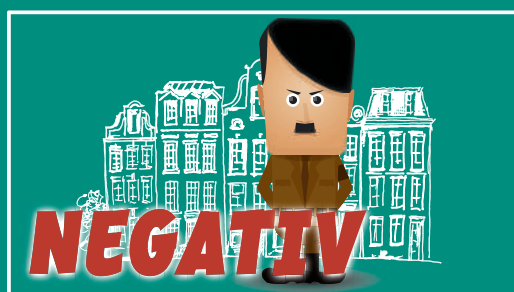
Auf die Straße gehen und laut rufen.

Diktatur!



SCHRITT 2:

Einfach warten. Nach einer Stunde gibt es das Ergebnis.



Der ganz normale Irrsinn. Heute: Leerdenger.



findet sich auch kein Chip. Und falls doch, muss meiner wohl kaputt sein. Ich tappe immer noch regelmäßig in Funklöcher.

Aber in den meisten dieser Geschichten gibt es einzelne Bestandteile, die tatsächlich stimmen. Und das nährt Zweifel. Vielleicht ist ja doch etwas dran?

Es gab vor ein paar Jahren so eine Verschwörungsgeschichte, die Sie unter dem Suchwort „Pizza-Gate“ im Netz finden. Ein angeblicher Kinderpornografie-Ring, der seine Zentrale im Keller einer (tatsächlich existierenden) Pizzeria in Washington hätte. Auf den ersten Blick sehr überzeugend, gab es doch E-Mails mit Pizza-Bestellungen vom Büro von Hillary Clinton an diese Pizzeria. Also ganz große Verschwörung von ganz oben!

Ein US-Amerikaner wollte diesem „Treiben“ ein Ende setzen und die Kinder befreien. Er stürmte 2016 mit einem AR-15 Sturmgewehr die Pizzeria, schoss die Schlösser von Türen auf und fand...

...Kochutensilien und Pizzateig, aber keine Treppe in den Keller. Die Pizzeria hat nämlich gar keinen Keller. Und natürlich gab es auch keinen Ring von Verbrechern, die Kinder missbrauchen. Darum glauben Sie nicht jede Geschichte, auch wenn auf den ersten Blick Teile der Geschichte tatsächlich korrekt sein mögen. Der Mann mit dem Sturmgewehr wurde inzwischen übrigens zu vier Jahren Haft verurteilt.

Hilfreich für solche Schwurbler-Geschichten ist, dass wir Menschen Dinge sehr selektiv wahrnehmen. Wir merken uns eher die rote Ampel, an der wir anhalten mussten, als die grüne Ampel, an der wir fahren durften.

Wenn die ausländerfeindliche AfD regelmäßig von „Messer-Migration“ schwadroniert, dann führt das bei vielen Menschen dazu, dass sie Gewalttaten mit Messern, bei denen Menschen mit Migrationshintergrund beteiligt waren, eher erinnern. Die AfD teilt auch ganz gezielt nur solche Nachrichten mit Tätern mit Migrationshintergrund. Und ist der Täter ein Deutscher, dann steht schon mal im Kommentar „Schade. Dann beim nächsten Mal.“ Deutsche Täter passen nicht ins Weltbild der AfD. Also verschweigt man sie.

Die AfD hat letztlich ein Ziel: Ihr Bild von der Welt soll möglichst negativ werden. Sie sollen sich unsicher fühlen. Sie sollen glauben, dass nur die (wenigen) Themen der AfD ganz wichtig sind. Sind sie aber nicht.

Überraschung bei den Messer-Tätern

Als die AfD im Saarland 2018 eine kleine Anfrage an die Landesregierung gestellt hat, welches die häufigsten Vornamen bei Gewalttaten mit Messern waren, ist sie damit so richtig auf die Nase gefallen. Die Top10 der Vornamen bestand komplett aus deutschen Vornamen. Kein einziger Ali oder Mohammed, aber dafür Daniel, Michael und Andreas auf den Spitzenplätzen. Vielleicht waren die ja alle nur zugezogen?

Mit wissenschaftlichen Fakten ist es ähnlich. So zitiert die AfD in der Corona-Pandemie die immer gleichen Mediziner, die eine abweichende Meinung zum Thema haben. Zum Zählen dieser „Experten“ reichen zwei Hände völlig aus.

Und diese wenigen „Experten“ sollen die einzigen sein, die die Wahrheit kennen und richtig liegen, während hunderte anderer Medizinerinnen und Mediziner falsch liegen sollen? So etwas nennt man Rosinenpickerei. Es werden nur die Fakten und Zahlen genommen, die zum eigenen Weltbild passen, und alle anderen werden ignoriert oder als falsch abgestempelt. Funktioniert bei den „Querdenkern“ ähnlich.

Im Bundestagswahlkampf will uns die AfD jetzt erzählen, was angeblich „normal“ sei. Auch so ein Propaganda-Trick. Denn man unterstellt automatisch, jede abweichende Meinung sei „unnormale“.

Und wenn ich ehrlich bin, ich möchte nicht, dass eine Partei „normal“ wird, die aus dunklen Kanälen aus dem Ausland Geld zu ihrer Finanzierung erhält. So wie die AfD. Das ist nicht umsonst verboten. Und die AfD hat bis heute nicht aufgeklärt, ob das Geld aus diesen illegalen Spenden jetzt von diesem NS-Milliardär aus der Schweiz, von Putin aus Russland oder einer anderen dunklen Quelle wie einer Terrororganisation kam.

Ich möchte auch nicht, dass eine Partei „normal“ wird, die unsere Mitmenschen beleidigt und herabsetzt, nur weil ihre Eltern nicht in Deutschland geboren wurden. Das ist Rassismus.

Es gibt auf jedem Stimmzettel ausreichend echte Alternativen. Die Politik machen, ohne gegen Andersdenkende zu hetzen. In diesem Sinne,

Ihr Storch Heinar

Schauen Sie gern auf meinen Social-Media-Kanälen vorbei:

facebook.com/division.storch.heinar

twitter.com/StorchHeinar_

@storchheinar



Klare Kante gegen Hass und Hetze gefällig? T-Hemden, Schnutenpullis, Winklemente und Plakate gibt es in meinem virtuellen Kaufmannsladen im Weltnetz.

WWW.STORCH-HEINAR.DE

Wiebke Esdar – für Euch im Bundestag | 5

Drei Punkte gegen Rechts und für Demokratie

Gemeinsam ein Zeichen für eine starke Demokratie setzen.

von *Wiebke Esdar*

Der Anschlag von Hanau, der Mord an Walter Lübcke, die NSU-Mordserie – das sind nur einige der zuletzt bekannt gewordenen Beispiele rechtsextremen Terrors, die zeigen, wie real die Gefahren für unsere Demokratie und unser Zusammenleben sind. Mit der AfD sitzt seit nunmehr vier Jahren eine rechtsextreme Partei im Bundestag, in fast allen Landesparlamenten und seit dem letzten Jahr ist sie auch im Bielefelder Stadtrat vertreten. Für uns als Gesellschaft und die Politik ist es daher ganz elementar, uns mit den Ursachen zu beschäftigen und Maßnahmen zur Bekämpfung dieser Gefahren und zum Schutz diskriminierter Gruppen zu entwickeln.

Demokratie kommt nicht von alleine und geht nur zusammen. Sie lebt von einer starken Zivilgesellschaft. Sie braucht überzeugte Demokrat*innen, die für sie einstehen und aufstehen, wenn Unrecht geschieht. Dabei dürfen wir nicht zulassen, dass Menschen die Deutungshoheit über politische und gesellschaftliche Debatten erhalten, die anderen Menschen ihre Würde absprechen.

Um das zu erreichen, sind für mich folgende Punkte entscheidend:

1) Wir müssen uns rassistischem und ausgrenzendem Gedankengut lautstark und aktiv entgegenstellen – immer und überall.

In Bielefeld haben wir immer wieder bewiesen, dass wir eine starke Zivilgesellschaft haben, die zusammenhält und gegen Rechts laut protestiert. Auf die Bielefelder*innen (und auch auf unsere ostwestfälischen Nachbar*innen) ist Verlass: Wenn das Bündnis gegen Rechts zur Demo aufruft, dann kommen jedes Mal zahlreiche Menschen zusammen, um ein gemeinsames Zeichen für Demokratie und Vielfalt zu setzen.

Meine erste Demo gegen Rechts habe ich vor ziemlich genau zehn Jahren angemeldet. Im Sommer 2011 wollten Nazis aus dem Hauptbahnhof raus – an den Gedenktafeln der deportierten Jüdinnen und Juden vorbei – in die Innenstadt marschieren. Wir konnten das durch eine friedliche Sitzblockade mit rund 800 Leuten damals erfolgreich verhindern.

Darüber waren die Nazis allerdings so verärgert, dass sie am Heiligabend 2011 erneut eine Demonstration anmeldeten, um der Polizei und den Gegendemonstrant*innen die Feiertage zu versauen. Um abermals einen Protest dagegen zu organisieren, gründeten wir das Bielefelder Bündnis gegen Rechts. 7.000 Menschen kamen am Heiligabend vor der

Bescherung auf die Straße und setzten ein klares und großartiges Zeichen: Hass und Hetze haben keinen Platz in unserer Stadt!

Seitdem hat das Bündnis zahlreiche weitere Demos organisiert, um immer wieder gegen Rassismus, Antisemitismus und jede weitere Form von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und für unsere Demokratie einzutreten. Jedes Mal, wenn PEGIDA in Bielefeld eine Demo anmeldete, war das Bündnis zur Stelle. Auch, als im Jahr 2016 die erste Kundgebung der AfD in Bielefeld stattfand, übrigens mit Andreas Kalbitz, der inzwischen aus der Partei ausgeschlossen wurde, weil er seine Mitgliedschaft in einer verbotenen neonazistischen Organisation verschwiegen hatte. Oder im Jahr 2019, als die Partei „Die Rechte“ am 9. November, dem Tag der Reichspogromnacht, eine Demonstration zum Geburtstag der Holocaust-Leugnerin Ursula Haverbeck angemeldet hatte, die zwischen Mai 2018 und November 2020 in der Justizvollzugsanstalt Bielefeld-Brackwede einsaß.

Es gab in all den Jahren immer wieder Diskussionen darüber, ob denn nun wirklich jede Gegendemo notwendig sei. Für mich waren sie das. Weil keine Grenze zu ziehen ist, wie viele Nazis sich versammeln müssen, damit wir aktiv werden. Und weil der Grundsatz gilt: Wehret den Anfängen!

2) Wir brauchen Aufklärung und Aufklärung und Aufklärung

Das Bündnis organisiert auch Veranstaltungen zur politischen Bildung und Aufklärungsarbeit – so haben wir gemeinsam mit den Autoren das Buch „Dr. Oetker und der Nationalsozialismus“ vorgestellt oder mit dem Vorstand der von Bodelschwingschen Stiftung über Euthanasie in der NS-Zeit diskutiert.

Nur wer sich wirklich mit dem beschäftigt, was zur Zeit des Nationalsozialismus geschehen ist, kann verstehen, worin die Gefahr von Rechts extremismus, Rassismus und Antisemitismus liegt. Dabei geht es nicht um Schuld, sondern um Verantwortung. Da uns in den nächsten Jahren immer weniger Überlebende als Zeitzeug*innen werden berichten können, wird es umso wichtiger, neue und auch moderne Formen der Erinnerungskultur zu entwickeln.

Mich freut darum sehr, dass wir mit 25 Millionen Euro Bundesförderung den Ausbau der Stalag 326-Gedenkstätte in Schloß Holte-Stukenbrock



Wiebke Esdar, MdB

beschließen konnten (dazu findet Ihr in dieser Ausgabe auch ein Interview mit Jürgen Heinrich).

Es geht aber nicht nur um historische Aufklärung, sondern auch um das, was aktuell passiert: Etwa, dass Ostwestfalen-Lippe Treffpunkt einer rechten Terrorzelle war (wie im Hintergrundbericht auf den Seiten 8-9 ausgeführt) oder dass an den aktuellen Querdenken-Demos in Bielefeld regelmäßig Personen beteiligt sind, die auch bei den Demonstrationen für die mehrfach verurteilte Holocaust-Leugnerin Ursula Haverbeck teilgenommen haben.

3) Provokation und Tabubruch unterscheiden

Dass die AfD in die Parlamente eingezogen ist, bedaure ich sehr, es ist aber zunächst demokratisch hinzunehmen. Nicht zu akzeptieren ist jedoch, dass sie immer wieder hetzen, versuchen unsere Demokratie verächtlich zumachen und unser demokratisches System boykottieren, dass sie provozieren und damit mehr Aufmerksamkeit bekommen, als sie sollten.

Unsere Demokratie braucht das Wechselspiel zwischen Regierungsfaktionen und Opposition. Produktiv ist das dann, wenn um die besten Lösungen gerungen wird. In Debatten, Anträgen Gesetzesentwürfen. Im Plenum, in den Ausschüssen, bei der Regierungsbefragung. Überall da sollte es sehr ernsthaft darum gehen, wie die großen Herausforderungen unserer Zeit am besten gelöst werden.

Darum aber geht es der AfD nicht. Nach fast vier Jahren im Bundestag ist ganz offensichtlich: Der AfD geht es nicht um Lösungen wirklicher Probleme, sondern lediglich um Provokationen und Tabubrüche: Darum, ihre Hetze in die Öffentlichkeit zu tragen. Die Methode ist ziemlich klar: Immer wieder werden Stück für Stück die Grenzen des Sagbaren überschritten – weil das Empörung und Aufmerksamkeit garantiert. Dass dabei ganz oft das eigentliche Thema gar nicht mehr im Mittelpunkt steht, wird in Kauf genommen.

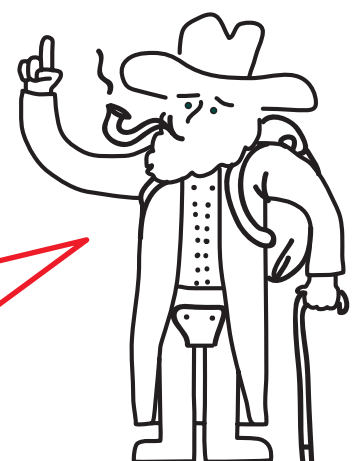
Dabei sind wir gefordert, damit inakzeptable Äußerungen und Tabubrüche nicht unwiderrprochen bleiben und geahndet werden – im Bundestag geschieht das häufig über Ordnungsrufe. Dabei sollten

wir aber auch vermeiden, ihnen mehr Aufmerksamkeit zuteilwerden zu lassen, als wir sie der eigentlichen Debatte schenken, nämlich dem Ringen um die besten Lösungen für unsere Gesellschaft. Darum gehe ich bewusst in den allermeisten meiner Redebeiträge im Bundestag nicht auf die AfD ein – weil jede Sekunde Redezeit dafür aufzuwenden bedeutet, dass sie für das eigentliche Thema fehlt. Auch wenn mit großer Empörung oft die größte Aufmerksamkeit generiert wird. Und Aufmerksamkeit ist in unserer modernen Mediendemokratie, in der unendlich viele Nachrichten beinahe in Echtzeit verfügbar sind, eine wichtige Währung.

In unserer Verantwortung liegt also, dass wir ihren Tabubrüchen konsequent widersprechen, dass wir aber auch nicht über jedes Stöckchen springen, das wir als Provokation hingehalten bekommen.

Mein Wunsch für unsere Stadt ist und bleibt daher, dass wir unser weltoffenes Bielefeld weiterhin lautstark gegen Angriffe von Rechts verteidigen – und dass sich das auch durch das schlechte Abschneiden der AfD bei der Bundestagswahl am 26. September zeigt.

Wenn Abgeordnete in einer Debatte im Deutschen Bundestag durch Zwischenrufe, Beleidigungen oder andere Störungen auffallen, kann die Sitzungsleitung sie mithilfe von Ordnungsrufen warnen oder ein Ordnungsgeld verhängen.



Rechtsterrorismus: Eine Gefahr vor der Haustür

von Wiebke Esdar

Genau 23.604 rechtsextreme Straftaten wurden im Jahr 2020 gezählt: Das sind 60 Straftaten jeden Tag.

Die Straftaten gegen den Staat und seine Vertreter und Vertreterinnen haben sich gegenüber dem Vorjahr 2019 sogar mehr als verdoppelt.

Doch auch Rechtsterrorismus ist in seit den letzten Jahren stärker in den Blick geraten, wie zum Beispiel zwischen 2013 und 2018, durch die Prozesse- zum Nationalsozialistischen Untergrund (NSU). Das sollte uns zeigen, dass wir in diesem Bereich sehr viel wachsamer sein sollten.

Das Strafverfahren gegen die „Gruppe S.“ deckt auf, dass organisierter Rechtsterror in Deutschland real und eine große Gefahr darstellt.

Zwölf Angeklagte, alles deutsche Staatsbürger aus NRW und anderen Bundesländern, stehen vor Gericht. Ihnen wird vorgeworfen, im September 2019, eine rechtsterroristische Gruppe namens „Gruppe S.“, benannt nach dem Gründer Werner S. - gegründet zu haben. Die Angeklagten sind Familienväter, Krankenpfleger, Verwaltungsangestellte bei der Polizei, Selbstständige, Arbeitslose etc. Also Menschen wie du und ich! Unter ihnen auch zwei Männer aus Minden, unserer Nachbarschaft.

Laut der Anklage habe die „Gruppe S.“ das Ziel verfolgt, „bürgerkriegsähnliche Zustände“ herbeizuführen und damit die bestehende staatliche Ordnung in Deutschland anzugreifen und zu zerstören. Die „Gruppe S.“ habe Anschläge auf Moscheen und damit hauptsächlich Gewalt

gegen Muslim*innen geplant. Später kamen auch Ideen auf, Anschläge gegen Politiker*innen, wie den Grünen-Vorsitzenden Robert Habeck, zu unternehmen.

Die Mitglieder der „Gruppe S.“ waren in der rechtsextremen Szene, auch überregional, vernetzt und versuchten dort - ihre Pläne bekannt zu machen. Über Monate hinweg waren sie in Chats wie beim Messengerdienst Telegram, aktiv und haben sich ausgetauscht.

Laut der Anklage verfügten die mutmaßlichen Rechtsterroristen bereits über Schusswaffen. Die Gruppenaktivitäten blieben allerdings nicht nur im virtuellen Raum, denn sie konkretisierten ihre Pläne - bei ihren Treffen - und es kam einige Male auch zu Schießübungen. Im Februar 2020 hatte sich die Gruppe in Minden zu Planungstreffen getroffen, dort sei vereinbart worden, ca. 50.000 Euro zu verwenden, um weitere Schusswaffen beschaffen zu können.



Allerdings fühlten sich die Mitglieder allmählich beobachtet und löschten daher alte Chats, - blieben jedoch weiter als Gruppe aktiv und eröffneten einen neuen Chat. Laut Bundesanwaltschaft schrieb der Kopf der Gruppe, Werner S., an die mutmaßlichen Mitglieder der „Gruppe S.“, sie sollten „das Schiff auf Kurs halten“.

Ihre Vermutung, es befände sich ein Maulwurf unter ihnen, bestätigte sich kurze Zeit später: Dank einem Aussteiger konnte die Gruppe ihre Anschlagpläne nicht in die Tat umsetzen und flog auf. Im Februar letzten Jahres griffen die Behörden zu und unternahmen Durchsuchungen in Minden und Porta Westfalica. Die Ermittler*innen stießen auf scharfe Waffen und Munition, sowie auf Nazi-Symbole, wie zum Beispiel Hakenkreuze.

Am 14. Februar 2020 erfolgte die Festnahme der Angeklagten. Das Strafverfahren ist ein Mammutprozess. Bis Mitte 2022 sind Termine für Gerichtsverhandlungen geblockt. Elf Angeklagte sitzen in Untersuchungshaft, einer befindet sich auf freiem Fuß. Einer der damals

Festgenommenen starb in Untersuchungshaft, vermutlich durch Selbstmord.

Die Anklage stützt sich auf die von den Ermittler*innen gesicherten Chatprotokolle sowie Aussagen eines Gruppenmitglieds, das heute in einem Zeugenschutzprogramm lebt. Rädelsführer S. soll, noch aus der U-Haft heraus, einem Mithäftling 50.000 Euro für einen Mordanschlag, auf den Informanten, angeboten haben. Gegen S. läuft deswegen noch ein gesondertes Gerichtsverfahren.

In einem Strafverfahren wird die Straftat festgestellt und Strafen werden festgesetzt. Dass es sich hier um einen „Mammutprozess“ handelt bedeutet, dass der gerichtliche Prozess ein sehr langer und aufwendiger ist.



Rechtsextremismus äußert sich in verschiedenster Form. Eine große Gefahr von Rechts birgt ganz klar der Rechtsterrorismus, wie der NSU oder die „Gruppe S.“ zeigt.

Allerdings geht Gefahr von Rechts auch schon im Alltag los. Sei es von Bekannten, die rechte Stammtischparolen schwingen, oder von der Kollegin, die den „etablierten Medien ja gar keinen Glauben mehr schenken kann“ und alle paar Sätze mit „Man darf heutzutage ja gar nichts mehr sagen!“ beendet.

Wir wollen Rechtsextremismus im Keim ersticken und zur Zivilcourage aufrufen.



2021: ZUM 6. MAL

finden die „Bielefelder Aktionswochen gegen Rassismus“ statt.



23.604

rechtsextreme Straftaten gab es 2020 in Deutschland.



173

3 Straftaten und darunter 500 Gewalttaten hat es im Zusammenhang mit Corona-Protesten gegeben.



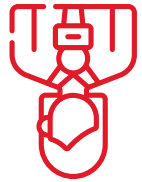
Bielefelder*innen den Opfern von Hanau vor dem Rathaus.

250

Am 20. Februar 2020 gedenken etwa

260

Straftaten gegen Journalistinnen und Journalisten wurden gemeldet, 112 im Zusammenhang mit Corona.



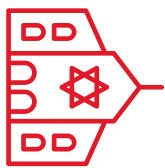
Ca. 1.000

Menschen demonstrieren am 06. Juli 2020 für die Initiative „Black-Lives-Matter“ in der Bielefelder Innenstadt.



10 BUNDESLÄNDER

haben eigene Programme für Menschen aufgelegt, die aus der rechtsextremen Szene aussteigen wollen.



UM 15,7% sind antisemitisch motivierte Straftaten 2020 gestiegen.

3000 MENSCHEN

sind Medienberichten zufolge in den vergangenen zwanzig Jahren dank verschiedener Programme aus der rechten Szene ausgestiegen.

16

POLITISCH MOTIVIERTE

Tötungsdelikte gab es 2020.



2.200

ANGRIFFE

gab es auf Amtsträger*innen im Jahr 2020. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich die Zahl also etwa verdoppelt.



9

Menschen sterben im Februar 2020 bei dem rechtsterroristischen Anschlag in Hanau.



600

Menschen aus Bielefeld gedenken den Opfern Hanaus am 19. Februar 2021, ein Jahr nach dem Anschlag.



87,9% um wurde ein Anstieg sträger*innen en auf Mandat- Bei den Angriff-

Stolpersteine polieren - so wird es gemacht

Der Künstler Gunter Demnig rief das Projekt Stolpersteine Anfang der 1990er Jahre ins Leben, um das Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus in unsere Lebensmitte zu rücken. Dahinter steht der Gedanke, den Opfern, die in den Konzentrationslagern zu Nummern degradiert wurden, ihre Namen zurückzugeben. Seither verlegte Gunter Demnig über 75.000 Stolpersteine in Deutschland.

In Bielefeld sind seit 2005 insgesamt 173 Stolpersteine verlegt worden. Auch in Bielefeld sollen sie an die Opfer des Nazi-Regimes erinnern. Die Stolpersteine sind an den letzten freiwillig gewählten Wohnorten der jüdischen Mitbürger*innen, der politisch Verfolgten, der Homosexuellen und anderer Opfergruppen zu finden.



Einfache Haushaltsmittel zur Reinigung der Stolpersteine



Stolpersteine in Bielefeld

Stolpersteine polieren:

Da Stolpersteine Wind und Wetter ausgesetzt sind, läuft das Messing der Steine ohne regelmäßige Reinigung dunkel an und wird schmutzig. Gelegentliches Polieren mit einem gängigen Metallputzmittel schafft hier schnell Abhilfe.

Ihr benötigt:

1. Metall- oder Messingputzmittel (gibt es in jedem gut sortierten Drogeriemarkt)
2. Einen handelsüblichen Küchenschwamm
3. Küchenpapier oder einen trockenen Lappen
4. Eine Flasche Leitungswasser

Um die Stolpersteine zu reinigen, geht Ihr wie folgt vor:

1. Beseitigt den groben Straßenschmutz mit dem feuchten Lappen oder einem Küchenpapier.
2. Mit dem Schwamm (verwendet ruhig die grobe Seite) reibt Ihr den Stein mit einer kleinen Menge Metallputzmittel ein und lasst dies etwa eine Minute einwirken.
3. Nach Ablauf der Einwirkungszeit reinigt Ihr den Stein durch kräftiges Reiben mit der groben Seite des Schwamms.
4. Danach mit klarem Wasser abspülen und mit einem trockenen Lappen oder Papiertüchern trocknen.

Jetzt sollte der Stolperstein wieder glänzen.

Vielen Dank!

Interview zur Gedenkstätte Stalag 326 mit Jürgen Heinrich

Was hat es mit dem Stalag 326 (VI K) Senne auf sich und wie sehen die Pläne für die Neugestaltung der Gedenkstätte in Schloß Holte-Stukenbrock aus?



v.l. Jürgen Heinrich, Günter Gabrecht, Thomas Kutschaty, Elvan Korkmaz Emre, Wiebke Esdar und Achim Post bei der Kranzniederlegung anlässlich des 80. Jahrestags des Überfalls auf die Sowjetunion.

Wiebke Esdar: **Was hat es mit dem Stalag 326 (VI K) Senne auf sich und was ist während des Zweiten Weltkriegs hier vor Ort bei uns passiert?**

Jürgen Heinrich: Am 22. Juni 1941 überfiel die deutsche Wehrmacht die Sowjetunion. Anders als im Westen, war der Krieg im Osten von Anfang an als ein Weltanschauungs- und Vernichtungskrieg geplant und wurde so geführt. Die Bevölkerung der Sowjetunion litt enorm unter den Folgen des Krieges: 27 Millionen Menschen sind ums Leben gebracht worden – sie gingen an Krankheiten elendig zugrunde, sie verhungerten, sie wurden ermordet. Auch von den 5,7 Millionen Rotarmisten in deutscher Gefangenschaft, die das „Westfälische Volksblatt“ 1941 als „bolschewistisches Untermenschentum“ bezeichnete, sind mehr als 3 Millionen um ihr Leben gebracht worden.

In Stukenbrock wurde von der Wehrmacht eines von mehr als 100 Durchgangs- und Stammlagern eingerichtet, das Stalag 326. Als im Juli

1941 die ersten für das Stalag 326 bestimmten Rotarmisten im benachbarten Bahnhof Hövelhof ankamen, gab es im Lager so gut wie nichts: kaum zu Essen, keine Latrinen, nicht einmal ein Dach über dem Kopf. Das Lager war ein, mit Stacheldraht umzäuntes 400 mal 1000 Meter großes Feld, mit Wachtürmen an den Ecken. Die Gefangenen gruben Erdhöhlen oder bauten Laubhütten. Auch als die Gefangenen die ersten Baracken gebaut hatten, verhungerten viele binnen weniger Monate, starben an Ruhr oder Fleckfieber.

Stalag 326 war bis zur Befreiung am 2. April 1945 durch amerikanische Soldaten eines der größten „Russenslager“ im Deutschen Reich. Es diente für mehr als 300.000 sowjetische Kriegsgefangene als Drehscheibe: Es war wichtigster Verteilungsort für den Arbeitseinsatz mit besonderem Schwerpunkt im Kohlebergbau des Ruhrgebiets unter härtesten und entbehrungsreichen Bedingungen, aber auch in den vielen landwirtschaftlichen und anderen öffentlichen und privaten Betrieben der Region. Dem Füh-

„Rotarmist“, auch Kämpfer, war die Rangbezeichnung für den niedrigsten Mannschaftsdienstgrad der „Roten Arbeiter- und Bauernarmee“ in Sowjetrußland ab 1918 und später der UdSSR bis 1946.



rerbefehl „Vernichten durch Verhungern“ folgte die „Vernichtung durch Arbeit“.

Wie wurde bisher an die Verbrechen an den sowjetischen Kriegsgefangenen im damaligen Stammlager erinnert?

Viele Deutsche wollten sich nach dem Krieg an das grauenhafte Schicksal der sowjetischen Kriegsgefangenen nicht erinnern und schauten weg, dachten vor allem an die eigenen Gefallenen und Vermissten, auch an die Kriegsgefangenen, die in der Sowjetunion teilweise noch bis 1955 festgehalten wurden. Erst 1967 rief ein Kreis von Persönlichkeiten aus Kirche und Politik zu einer Gedenkfeier am 2. September

auf dem Ehrenfriedhof in Stukenbrock auf, aus dem sich der Arbeitskreis Blumen für Stukenbrock bildete. Er führt seither jährlich am ersten Wochenende im September eine Mahn- und Gedenkveranstaltung durch. Der Förderverein Gedenkstätte Stalag 326 (VI K) Senne e.V. hat seit 1996 eine kleine Gedenkstätte auf dem ehemaligen Gelände des Kriegsgefangenenlagers eingerichtet. Sie arbeitet die Geschichte des Stalags nach und nach auf und trägt dazu bei, Schicksale von Kriegsgefangenen zu klären und deren Angehörige bei ihren Besuchen zu begleiten.

Bis heute haben mehr als 50.000 Menschen die Gedenkstätte besucht. Immer mehr Schulen nehmen pädagogische Programme wahr.

Warum soll die Gedenkstätte neu gestaltet werden und wie sehen die Pläne hierfür aus?

Es gibt viele Gedenkstätten für Verbrechen der Nationalsozialisten, aber das grauenhafte Schicksal der sowjetischen Kriegsgefangenen ist nie angemessen ins Bewusstsein gekommen. Bundespräsident Gauck hat bei dem Besuch in Stukenbrock 2015 von „Erinnerungsschatten“ gesprochen. Die neue Gedenkstätte soll den Blick auf diese Opfergruppe lenken, den Toten ihre Namen und Biographien zurückgeben und ein würdiges Totengedenken ermöglichen. Sie soll eine sachliche Darstellung des Vernichtungskrieges leisten und dokumentieren, dass das Stalag 326 als ein Instrument dieses Ausrottungskrieges zu verstehen ist und Bildungsarbeit leisten, die Perspektiven für eine friedvolle Zukunft mit ehemaligen Kriegsgegnern zu entwickeln hilft.

Der Landschaftsverband Westfalen-Lippe hat eine Machbarkeitsstudie erstellt, die die Investitionskosten auf 60 Millionen Euro und jährliche Betriebskosten auf 5,5 Millionen Euro schätzt. Der Bundestag und der Landtag NRW haben in ihren Haushaltsgesetzen 2021 einen Zuschuss zu den Investitionskosten in Höhe von jeweils 25 Millionen bereitgestellt. Gegenwärtig wird die Gründung einer Stiftung vorbereitet, die die Trägerschaft für die neue Gedenkstätte übernimmt. Der Zeit- und Massnahmenplan sieht eine Eröffnung 2026 vor.



Jürgen Heinrich und Wiebke Esdar auf dem Gedenkstättenfriedhof in Schloß Holte-Stukenbrock

Wann und wie können die Bielefelder*innen die Gedenkstätte besuchen?

Der Lagerfriedhof (heute Ehrenfriedhof sowjetischer Kriegstoter) mit 36 Massengräberreihen und dem von den befreiten Gefangenen errichteten Obelisk ist frei zugänglich. Für den Besuch der Ausstellung in der Gedenkstätte, die heute auf Polizeigelände liegt, ist eine Anmeldung erforderlich.

Bitte sprechen Sie rechtzeitig den Termin Ihres Besuches ab: Telefon: +49 5257 3033. Allgemeine Öffnungszeiten sind Di und Do von 10 bis 14 Uhr. Wochenende und feiertags geschlossen.

11.03. Offizielle Nominierung zur Bundestagskandidatin

Danke, liebe SPD! Mit 91 Prozent Zustimmung bin ich im März offiziell Bundestagskandidatin für Bielefeld und Werther geworden. Es ist für mich eine besondere Ehre, Bielefeld und Werther im Deutschen Bundestag vertreten zu dürfen. Das möchte ich mit all meiner Kraft gerne fortsetzen. Ich freue mich sehr über dieses Ergebnis, denn das gibt Rückenwind für die nächsten Monate. Ich freue mich auf viele Begegnungen im Wahlkampf.



18.03. Unterzeichnung Koalitionsvertrag Stadtrat

Ein ganz besonderer Moment der letzten Monate war für mich die Unterzeichnung des Koalitionsvertrages der neuen Rathauskoalition. Dieser ist die nächsten Jahre die Grundlage für alle kommunalpolitischen Entscheidungen im Bielefelder Stadtrat. Ich freue mich sehr über diesen richtig guten Vertrag! Und er ist so gut geworden, weil ganz viele ehrenamtliche Kommunalpolitiker*innen daran viele Stunden gearbeitet haben. Die Kommunalpolitik ist das Rückgrat unserer Demokratie - danke für euren Einsatz!



30.04. Digitale Ehrenamtskonferenz Schwimmen und Wassersport



In meiner Jugend war meine große Leidenschaft das Schwimmen. Jede freie Sekunde nutzte ich zum Üben und Austoben im Wasser. Schwimmen ist der perfekte Sport, um sich fit und gesund zu halten. Beim Vereinssport ist Schwimmen, nach Fußball, die Nummer 2 der mitgliederstärksten Sportarten. Ob während der Schulzeit oder an sonnigen Tagen im Freibad: für Kinder ist es wichtig schwimmen zu lernen. Ganz besonders belastend ist die aktuelle Situation für die Vereinsarbeit, doch wir brauchen gute Perspektiven für die Zeit nach Corona. Darum habe ich am 30. April zur Digitalen Ehrenamtskonferenz Schwimmen und Wassersport eingeladen. Für meine Arbeit im Bundestag ist es wichtig zu wissen, was ich als Politikerin tun kann, um den Bielefelder Schwimmsport bestmöglich zu unterstützen.

01.05. Tag der Arbeit

Am Tag der Arbeit findet traditionell ein Demozug mit anschließender Kundgebung durch die Bielefelder Innenstadt statt. Anschließend wird mit einem großen Familienfest und mit Grill- und Bierständen gefeiert. Aufgrund der anhaltenden Pandemie-Situation war das diesmal leider nicht möglich. Also ging es mit Abstand und Maske gemeinsam zur Kundgebung, die dieses Jahr unter dem Motto #Solidarität ist Zukunft stattfand.



13.05. Mahnwache: Wir stehen auf gegen Rechts

Die Ereignisse im Mai in Israel und Palästina haben zu vielen antisemitischen Äußerungen und Anfeindungen gegenüber jüdischen Menschen und Übergriffen auf jüdische Einrichtungen geführt. Erschreckend war vor allem der Hass in den „sozialen“ Medien und der teilweise offene Antisemitismus. Wir - das Bielefelder Bündnis gegen Rechts - nahmen das zum Anlass, um ein deutliches Zeichen der Solidarität zu setzen. Daher veranstalteten wir am 13. Mai eine stille Mahnwache unter dem Motto „Wir stehen auf gegen Antisemitismus!“ vor einer Bielefelder Synagoge. Unsere Stadt ist vielfältig, bunt und weltoffen - dass soll auch so bleiben! Wir stehen gemeinsam gegen Rassismus, Antisemitismus und Islamfeindlichkeit, gegen Hass und Hetze! Danke an alle, die da waren und ein Zeichen gesetzt haben.



22.05. Besuch beim Mobilen Impfen

Beim Impfen geht es voran – auch wenn uns allen lieber wäre, dass noch mehr Impfstoff verfügbar wäre. Das Impfzentrum arbeitet auf Hochtouren, fast alle Hausärzte und viele Fachärzte impfen. Und, wir sind in Bielefeld am 22. Mai mit den Quartiersimpfungen gestartet. Der erste Termin fand im Oberlohmannshof statt – eine der Wohngegenden, die besonders hohe Infektionszahlen hatte. Ich hab mir an dem Tag direkt einen Eindruck vor Ort gemacht. Dabei ist mir deutlich geworden, wie wichtig die Sozialarbeiter*innen sind, die viele Bewohner*innen schon lange kennen und in den Tagen zuvor angesprochen hatten. Trotz kaltem Regenwetter war das ein gelungener Start, dank der exzellenten organisatorischen Vorbereitung und Zusammenarbeit von ASB, DRK und Johannitern.

27.05. Besuch bei Hiro-Lift

Hinter den Beschäftigten von Hiro Lift liegen nicht nur turbulente Corona-Monate, die Zeit davor war durch einen anstrengenden Arbeitskampf geprägt. Das Unternehmen stellt hochwertige Treppenlifte her. Nachdem über Jahre die Arbeitsbedingungen sich immer weiter verschlechterten, kam es von Mai 2019 bis Juni 2019 zum Streik. Nach Verkaufen des Unternehmens und Beendigung des Streiks, handelte die IG Metall Tarifverträge für die Beschäftigten aus. Nachdem es die sinkenden Infektionszahlen zuließen, konnte ich mir nun ein Bild der aktuellen Situation im Betrieb vor Ort machen. Im Gespräch mit der neuen Geschäftsführung habe ich mich sehr gefreut, dass es ein klares Bekenntnis nicht nur zum Standort, sondern auch zu Investitionen zur Modernisierung der Werkshallen gibt. Ein sehr fruchtbarer Austausch in einem Unternehmen, das gezeigt hat, wie viel zusammen mit den Gewerkschaften erreicht werden kann.



02.06. Digitale Sprechstunde für Studierende



Nach wie vor sind der Hochschulbetrieb und der Alltag vieler Studierender stark eingeschränkt. Sei es aufgrund des fehlenden Campuslebens oder finanzieller Sorgen durch weggebrochene Nebenjobs. Der persönliche Kontakt mit den Betroffenen ist mir ein großes Anliegen, um ihre Wünsche für meine Arbeit als Bundestagsabgeordnete und Mitglied im Bildungsausschuss mitzunehmen. Hierfür veranstaltete ich am 2. Juni eine digitale Sprechstunde zum Thema „Studieren in der Pandemie“.

11.06. Betriebsrätekonferenz mit Olaf Scholz



Foto: SPD/Elias Domsch

In einer hybriden Veranstaltung – wir haben und in Berlin mit Olaf getroffen und uns dann gemeinsam digital nach Ostwestfalen-Lippe geschaltet – sind wir mit Betriebsräten ins Gespräch gekommen. So konnten Bielefelder Arbeitnehmervertreter*innen ihre Fragen stellen und taten das auch. Zum Rechtsanspruch auf mobiles Arbeiten (Homeoffice), zu Tarifverträgen, der Pflegereform. Außerdem erteilte Olaf Scholz einer Erhöhung des Renteneintrittsalters eine klare Absage.

12.06. Meisterfeier im Autokino

Weil die Meisterfeier nicht noch ein drittes Mal ausfallen sollte, lud die Handwerkskammer Ostwestfalen-Lippe zu Bielefeld kurzerhand ins Autokino auf die Radrennbahn. Es gab ein super Bühnenprogramm mit Liveband, Reden und Videos – und all das wurde auf einer eigenen Radiosequenz direkt in meinen Fiat 500 übertragen. Das erste Mal wurde der Meister mit dem zusätzlichen Titel „Bachelor Professional“ vergeben, um die Gleichwertigkeit zur akademischen Ausbildung zu verdeutlichen. Und das findet richtig Anklang – die Handwerkskammer erreichen viele Anfragen, wie Meister*innen, die ihre Meisterprüfung bereits früher gemacht haben, sich den neuen Titel noch anerkennen lassen können. Mir hat vor allem das Motto einer ausgezeichneten Meisterin gefallen. Frei nach Robert Bosch lautet das: „Wer aufhört besser zu werden, hat aufgehört gut zu sein.“



14.06. Förderung Weiterbildungsprojekt IfB



Die Initiative für Beschäftigung OWL e.V. sind mit weiteren Partnern am 1. Juni mit einem gemeinsamen Weiterbildungsprojekt für Ostwestfalen-Lippe gestartet. Dieses Projekt soll bis zum 31. Mai 2024 im Rahmen des Bundesprogramms „Ausbau von Weiterbildungsverbänden“ mit rund 1,3 Millionen Euro vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales gefördert werden. Die Projektpartner in OWL bauen in diesem Verbundprojekt eine weit verzweigte Weiterbildungskooperation auf. Die Unternehmen in OWL und ihre Beschäftigten werden auf dem Weg in eine digitalisierte Arbeitswelt unterstützt. Die Förderzusage des Bundes ist für mich eine große Bestätigung für die Region OWL. Sie zeigt, dass wir beim Thema Weiterbildung vorne mit dabei sind. Für die Zukunft unserer Beschäftigten und für unsere Wirtschaft ist das wichtig.

15.06. Gespräch mit dem Betriebsrat vom MM Graphia

Im Mai wurde den rund 210 Mitarbeitenden des Verpackungsherstellers MM Graphia in Bielefeld mitgeteilt, dass ihr Standort vor dem Aus steht. Die erzielten Gewinne des Bielefelder Werks reichen der Geschäftsführung nicht aus, so dass der gesamte Produktionsstandort geschlossen werden soll. Am 15. Juni besuchte ich mit Riza Öztürk, unserem Fraktionsvorsitzenden im Bielefelder Stadtrat, den Betrieb. Wir haben den Betriebsrat der MM Graphia unsere volle Unterstützung zugesprochen. Alle Beschäftigten der aufgelösten Brackweder Druckerei müssen von der Geschäftsführung fair behandelt werden. Hierfür werden wir uns auch in den nächsten Verhandlungen weiter entschlossen einsetzen.



18.06. Tag der Kleinen Forscher in der Kita Nestwerk

Wie stark ist Papier? Wie scharf ist Papier? Wie schöpfen wir Papier? Mit diesen Fragen beschäftigten sich KiTas in der diesjährigen Aktionswoche unter dem Dach der Bundesförderung „Haus der kleinen Forscher“. Nachdem wir das Programm in Berlin im Bildungsausschuss diskutiert und beschlossen haben, konnte ich mir am 18.07. in der KiTa Nestwerk des Deutschen Roten Kreuzes ein gutes Bild davon machen, wie das in die Praxis umgesetzt wird. Beim Haus der kleinen Forscher geht es um naturwissenschaftliche Bildung im Kindergarten. So haben die Kinder bereits Kücken beim Schlüpfen begleitet oder viel über Mülltrennung und Kompostieren gelernt. Ich bin beeindruckt, wie spielerisch und kindgerecht damit Themen wie Nachhaltigkeit und Physik und Umweltschutz bereits in ganz jungen Jahren gelernt werden. Foto: Christine Rempe/DRK Bielefeld



Foto: Christine Rempe/ DRK Bielefeld

18.06. Treffen mit Umweltministerin Svenja Schulze

Gemeinsam mit meinen Bundestagskolleg*innen Matthias Miersch, Achim Post, Stefan Schwartze und Marja-Liisa Völlers haben wir Vertreter*innen der Bürgerinitiativen, von Naturschutzverbänden und der Landschaft zum intensiven Dialog über die Zukunft der ICE-Strecke Bielefeld-Hannover mit der Bundesumweltministerin Svenja Schulze eingeladen. Da es seit längerer Zeit in Ostwestfalen-Lippe deutlichen Widerstand gegen die milliardenschwere Neubautrassenpläne des Bundesverkehrsministerin gibt, war es uns ein besonderes Anliegen, nun persönlich vor Ort mit Menschen zu sprechen. Nach zweistündigem Meinungsaustausch bekräftigte die Diskussionsrunde ihr klares Nein zu einer Neubautrasse für die ICE-Linie Bielefeld - Hannover. Es ist wichtig die Bahn zu stärken, das ginge aber gerade auf dieser Strecke besser durch Ausbau statt durch Neubau.



Das Internationale Begegnungszentrum Friedenshaus e.V. (IBZ-Bielefeld) stellt sich vor

Durch Begegnung und Bildung Rassismus und Diskriminierung bekämpfen.

Ein Gastbeitrag von Charbel Gauthé

Wer kennt nicht das rote Backsteingebäude an der Teutoburger Straße in Bielefeld? Darin hat das Internationale Begegnungszentrum Friedenshaus e.V. (IBZ-Bielefeld) seinen Sitz. Ge-gründet wurde der gemeinnützige Verein vor 40 Jahren von Bielefelder*innen mit und ohne Zuwanderungsgeschichte als selbstorganisiertes Begegnungszentrum. Den Gründer*innen war es ein besonderes Anliegen, gegen jede Form von Diskriminierung, Rassismus und sozialer Ausgrenzung einzutreten, indem ein Raum für Begegnung geschaffen wird. Dabei ging/geht es nicht um eine einfache Begegnung, vielmehr soll ein Austausch zwischen Menschen unterschiedlicher Herkunft, Anschauungen und sozialen Schichten auf Augenhöhe ermöglicht werden. Denn auf Augenhöhe fühlen sich Menschen miteinander verbunden.

Ziel des IBZ ist demnach durch Begegnung einen Beitrag zur Völkerverständigung, Chancengleichheit und Gleichberechtigung aller Menschen zu leisten. Wir bekennen uns zu einer offenen Gesellschaft, in der allen Menschen volle gesellschaftliche, soziale, politische und kulturelle Partizipation gewährleistet wird. Unsere Angebote richten sich dementsprechend sowohl an Menschen mit internationaler Geschichte als auch an Personen ohne Migrationserfahrung. Wir wollen erreichen, dass die Integration von Zugewanderten hierzulande gelingt, aber auch, dass das Zusammenleben mit der einheimischen Bevölkerung mit dieser gemeinsam gestaltet wird. Folgende Themen bilden den Schwerpunkt unserer Arbeit: Antirassismus und Antidiskriminierung, Flucht und Migration, Sprache und Integration, Demokratie und gesellschaftliche Teilhabe.



Eingang des Internationalen Begegnungszentrums Friedenshaus e.V. (IBZ-Bielefeld), Foto: Benedikt Labes

Zum Thema Antidiskriminierungs- und Antirassismusbearbeitung bieten wir Veranstaltungen (bspw. Workshops, Vorträge, Diskussionsrunden) für von Rassismus oder Diskriminierung betroffene Menschen an (z. B. Empowerment Workshops für BIPOC). Dabei werden u. a. Strategien zum Umgang mit Diskriminierung und Rassismus erarbeitet, Kompetenzen diskutiert und vor allem das Selbstbewusstsein gestärkt. Beim Letzteren ist es relevant zu bemerken, dass es bei Diskriminierungen nicht um die Absicht des Diskriminierenden geht, eher vielmehr um die Auswirkungen auf die Opfer. Wenn Menschen nach einer solchen Erfahrung keine Unterstützung bekommen, werden sie besonders in ihrer Identitätsbildung, ihrem

Selbstwertgefühl beeinträchtigt und leiden dann an einem Gefühl der Minderwertigkeit. Vor allem bei Kindern und Jugendlichen sind diese Auswirkungen verheerend. Viele von ihnen wachsen mit Minderwertigkeitsgefühlen auf oder sind gezwungen ihr soziales Umfeld zu verlassen, um Diskriminierungen auszuweichen. Dadurch wird Integration verhindert. Rassismus und Diskriminierungen sind auch Folgen von fehlendem bzw. nicht gut verarbeiteten Wissen über Geschichte und Menschen. Das IBZ als Informationszentrum stellt durch seine Angebote eine ganze Reihe an Informationsmaterial zu diesem Thema zur Verfügung. Darüber hinaus ermöglichen wir den Kontakt zwischen Neuzuwanderern und Einheimi-



Charbel Gauthe, Internationales Begegnungszentrum Friedenshaus e.V. (IBZ-Bielefeld)

schen, damit man voneinander lernen kann und somit Brücken gebaut werden können. Durch unsere Aktionen vermitteln wir zudem, dass das Gebot der Meinungsfreiheit kein Freifahrtschein für diskriminierendes und rassistisches Handeln ist.

Unsere Migrationsberatung bietet Unterstützung bei vielen Fragen des alltäglichen und beruflichen Lebens und bei Diskriminierungen. Alle Beratungen hierzu finden anonym statt und werden gegebenenfalls an eine geeignete Stelle weitergeleitet.

Angebote von zivilgesellschaftlichen Organisationen und Vereinen wie dem IBZ spielen eine wichtige Rolle bei der Bekämpfung von Rassismus und Diskriminierung. Doch sie reichen nicht oder werden von nur einem Teil der Gesellschaft getragen. Relevant für eine Vorbeugung bzw. eine Prävention von Gewalt und Rassismus sind grundlegende strukturelle Veränderungen in der Bildungs- und Gesellschaftspolitik. Dazu gehört eine kontinuierliche Verarbeitung der kolonialen Geschichte in Bildung und Politik sowie die systematische Untersuchung von Diskriminierungsfällen und eine konsequente Sanktionierung.

Antirassismusbearbeitung ist aber nicht nur Aufgabe vom Staat und von einigen Organisationen. Sie sollte und kann bei der/dem einzelnen Bürger*in stattfinden. Es betrifft die alltäglichen Handlungen und Einstellungen, die auf der persönlichen Ebene reflektiert werden können: Witze, abwertende Begriffe, negativ konnotierte Assoziationen von Menschen mit Tieren oder bestimmten Emotionen und Fähigkeiten, Verallgemeinerung von Einzelgeschichten u.v.m.

Das Internationale Begegnungszentrum Friedenshaus e.V. (IBZ-Bielefeld) ist Anlaufstelle für Menschen mit und ohne Zuwanderungsgeschichte, die sich treffen und gemeinsam ihr Zusammenleben Vorurteilsfrei und ohne Stereotype gestalten möchten. Unsere Angebote werden von einem internationalen und interkulturellen Mitarbeiterteam konzipiert – die meisten gemeinsam mit den circa 30 internationalen Migrant*innenselbstorganisationen (Hausgruppen) und von Expert*innen durchgeführt.

Weitere Informationen zum IBZ findet Ihr auf der Homepage www.ibz-bielefeld.de

Was bedeutet der Begriff BIPOC?
„BIPOC“ (Abkürzung für Black, Indigenous, People of Color) oder „PoC“ (Abkürzung für People of Color) sind Begriffe aus dem englischsprachigen Raum, die im Deutschen nicht übersetzt werden. Es handelt sich hierbei um Selbstbezeichnungen von Menschen, die vielfältige Formen von Rassismus erfahren und nicht als weiß wahrgenommen werden.

Der Begriff „Empowerment“ stammt ebenfalls aus dem Englischen und bedeutet in etwa „Selbstbefähigung“ oder „Ermächtigung“.





Bericht aus Berlin

Corona-Aufhol-Paket für Kinder und Jugendliche

Kinder und Jugendliche konnten in den letzten Monaten ihre KiTa oder Schule nicht normal besuchen. Für viele bedeutete das verpassten Unterricht, seelische Belastungen und weniger Zeit mit Gleichaltrigen. Um die daraus entstandenen Nachteile auszugleichen, hat die SPD ein Corona-Aufhol-Paket durchgesetzt. Damit fördert der Bund Sommerferien-camps und Lernwerkstätten, aber auch unterrichtsbegleitende Fördermaßnahmen und frühkindliche Bildung. Schülerinnen und Schüler brauchen jedoch auch Unterstützung für den Distanzunterricht oder wenn sie in den Schulalltag zurückkehren. Deshalb sorgt das Aufholpaket auch für mehr Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter. Insgesamt stellt der Bund für das Corona-Aufhol-Paket zwei Milliarden Euro für die Jahre 2021 und 2022 zur Verfügung.

Gedenkstätte Stalag 326 wird überregionaler Erinnerungsort

Die Gedenkstätte Stalag 326 in Schloß Holte-Stukenbrok erhält 24,9 Millionen Euro Bundesmittel. Damit kann sie zu einem überregional und international bedeutsamen Erinnerungsort ausgebaut werden. Das hat der Deutsche Bundestag für das Haushaltsjahr 2021 beschlossen. Das Stammlager 326 war von 1941 bis 1945 ein deutsches Kriegsgefangenenlager in der Senne bei Stukenbrock. Es war eines der größten Lager mit überwiegend sowjetischen Kriegsgefangenen, die vor allem im Ruhrgebiet als Zwangsarbeiterinnen und -arbeiter schufteten mussten. Insgesamt durchliefen rund 300.000 Internierte das Stalag 326. Im Lager herrschten unmenschliche Bedingungen und über die Zahl der Todesopfer gibt es nur Schätzungen. Denn was viele nicht wissen: Die sowjetischen Kriegsgefangenen sind die zweitgrößte Opfergruppe der nationalsozialistischen Verfolgungs- und Vernichtungspolitik – nach den jüdischen Bürgerinnen und Bürgern Europas. Schätzungen sprechen von zwei bis drei Millionen Ermordeten in deutschen Lagern. Mehr Infos dazu findet ihr auf S. 12-13.

Betriebsräte-modernisierungsgesetz für bessere Löhne und mehr Mitbestimmung

Der Deutsche Bundestag hat das Betriebsrätemodernisierungsgesetz verabschiedet. Damit stärken wir Betriebsräte, die die Grundlage für gute Löhne und faire Mitbestimmung sind. Mit dem Gesetz können Beschäftigte leichter Betriebsräte gründen. Dabei hilft das vereinfachte Wahlverfahren, das künftig in Betrieben mit bis zu 200 Beschäftigten angewendet werden kann (bisher nur bis 100 Beschäftigte). Zudem genießen Beschäftigte einen besseren Kündigungsschutz, wenn sie einen Betriebsrat gründen wollen. Außerdem werden Mitbestimmungsrechte ausgeweitet und die digitale Betriebsratsarbeit geregelt. Und schließlich weitet das Gesetz den Schutz der Unfallversicherung auf das Homeoffice aus. Damit gilt er auch für Arbeit von zuhause, selbst wenn man sich in der Küche einen Kaffee macht oder die Tochter von der KiTa abholt.

Lieferkettengesetz für weltweit faire Produktionsbedingungen

Der Blick ins Hemd oder die Jeans ist oft ernüchternd. Meistens liest man da „Made in Bangladesh“ oder „Made in India“. Doch wie fair und ökologisch werden Waren dort produziert? Um Unternehmen genau dafür stärker in die Pflicht zu nehmen, haben wir das Lieferkettengesetz beschlossen. Mit ihm muss die deutsche Wirtschaft dafür sorgen, dass die von ihr produzierten und verkauften Waren Menschenrechte und Umweltstandards einhalten. Dadurch können wir Ausbeutung, Kinderarbeit und Hungerlöhne bekämpfen. Das Gesetz gilt ab 2023 für deutsche Unternehmen mit mehr als 3.000 Beschäftigten und ab 2024 für Unternehmen mit mehr als 1.000 Beschäftigten. Bei schweren Verstößen gegen Sorgfaltspflichten müssen Unternehmen künftig mit Bußgeldern von bis zu acht Millionen Euro rechnen. Bei mehr als 400 Millionen Euro Jahresumsatz können die Strafen auch bis zu zwei Prozent des weltweiten durchschnittlichen Jahresumsatzes betragen.

Baulandmobilisierungsgesetz für mehr sozialen Wohnraum

Wohnen ist die soziale Frage unserer Zeit. Deshalb ist es gut, dass der Deutsche Bundestag das Baulandmobilisierungsgesetz beschlossen hat. Denn damit können mehr bezahlbare Wohnungen gebaut und genutzt werden können. Davon profitieren gerade Ballungsgebiete sowie wachsende Städte und Gemeinden wie Bielefeld und Werther. Zudem werden Mieter*innen besser vor Verdrängung geschützt. So wird es in Zukunft wesentlich schwieriger, bezahlbare Mietwohnungen in teure Eigentumswohnungen umzuwandeln. Diese Regelung wird nicht nur in den Millieuschutzgebieten gelten, sondern generell in Gebieten mit angespannten Wohnungsmärkten. Die Regelung ist aber zunächst befristet bis Ende 2025. Auch ein Baugebot ist in dem Gesetz enthalten. Das können Städte und Gemeinden erlassen, wenn Eigentümer*innen Grundstücke brachliegen lassen. Alternativ kann die Kommune den Grund auch selbst übernehmen. Und künftig kann sie leichter vorschreiben, dass in Innenstädten ein Mindestanteil an bezahlbaren Wohnungen und Sozialwohnungen gebaut werden muss.

Keine Kinderrechte im Grundgesetz



Eine große Enttäuschung war, dass wir Kinderrechte nicht im Grundgesetz verankern konnten. Das war eine langjährige Forderung der SPD und stand auch im Koalitionsvertrag. Nachdem wir uns mühsam mit CDU/CSU auf einen Kompromiss geeinigt hatten, scheiterte die Grundgesetzänderung vor allem daran, dass die Grünen eine deutlich weitergehende Regelung durchsetzen wollten, während die CDU/CSU die Rechte der Eltern stärker beibehalten wollten. Der von uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten eingeforderte nötige Einigungswille war am Ende leider nicht da. Wir hätten beiden Lösungen zustimmen können – damit die Kinderrechte endlich ins Grundgesetz kommen. Damit hätten wir den Schutz von Kindern ausgebaut und ihre rechtliche Stellung verbessert. Das würde vor allem dann eine Rolle spielen, wenn ihre Interessen vor Gerichten, vor Verwaltungen und auch vor uns als Gesetzgeber verhandelt werden. Derzeit behandelt das Grundgesetz Kinder wie kleine Erwachsene. Doch das sind sie nicht, sondern sie haben eigene Bedürfnisse. Um diesen gerecht zu werden, würden klare, im Grundgesetz nachlesbare Kinderrechte eine nachhaltige Wirkung haben. Denn sie würden jede Behörde verpflichten, Kinder stets mitzudenken und sie auch zu beteiligen. Das kann ganz konkrete Auswirkungen haben, wenn etwa bei einer Flächennutzung entschieden werden soll, lieber einen Parkplatz oder einen Spielplatz zu schaffen. Allerdings ist für eine Grundgesetzänderung eine Zwei-Drittel-Mehrheit in Bundestag und Bundesrat nötig.

89 Maßnahmen gegen Rechtsextremismus und Wehrhafte-Demokratie-Gesetz

Insgesamt 89 Maßnahmen enthält das Paket gegen Rechtsextremismus, auf das sich die Große Koalition geeinigt hat. Mit einer Milliarde Euro haben wir die Finanzierung von Projekten für Demokratie und Vielfalt für die kommenden Jahre gesichert. Auch haben wir die Organisationen von Migrant*innen gestärkt sowie die Forschung zu demokratischen Einstellungen in der Gesellschaft, zu Rechtsextremismus und zu Rassismus verbessert. Auch sollen mehr Menschen eingebürgert werden, die einen Anspruch darauf haben. Außerdem soll es unter Strafe stehen, Feindeslisten zu verbreiten und damit andere zu bedrohen. Und: Wer von Diskriminierung betroffen ist, soll nach dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz länger seine Ansprüche geltend machen können – die Frist wird auf sechs Monate erweitert.

Trotzdem wären wir als SPD gerne noch weiter gegangen: zum einen wollten wir den Begriff „Rasse“ aus dem Grundgesetz streichen; zum anderen sollte ein Wehrhafte-Demokratie-Gesetz die Finanzierung von Projekten gegen Rechts dauerhaft sichern. Unannehmbar war für uns aber eine Klausel, die die CDU/CSU wollte: nämlich die Finanzierung abhängig machen von der politischen Gesinnung der Projekte. Das hätte selbst anerkannte Organisationen wie die Amadeu Antonio Stiftung ihre öffentliche Förderung gekostet.



„Mir gefällt besonders, dass wir neue Ideen einfach mal ausprobieren.“

Marieke Reiffs

Hej,

ich bin die Neue! Vor knapp neun Monaten hat Wiebke mich zur Verstärkung in ihr Team als Büroleiterin im Wahlkreisbüro geholt, nachdem mein Vorgänger Freddy in den Landtag nachgerückt ist. Daher freue ich mich sehr, mich Euch an dieser Stelle nun vorzustellen.

Aufgewachsen bin ich am Niederrhein, auch wenn ich gestehen muss, dass ich kein großer

Karnevalsfan bin – da hab ich doch schon direkt was mit den Ostwestfalen gemeinsam. Erste Berührungspunkte mit der Politik konnte ich im Rahmen einer Schul-AG zur Organisation einer Diskussion zur Bundestagswahl 2009 sammeln. Vor allem das Thema Bildungsgerechtigkeit hat mich im Anschluss daran zur SPD gebracht, denn dass immer noch die soziale Herkunft über die Bildungschancen eines Kindes entscheidet, fand ich schon in meiner Schulzeit furchtbar ungerecht. Bis heute kann ich nicht verstehen, warum es eine so frühe Trennung von Kindern nach der Grundschule auf verschiedene Schulformen geben muss, die sich so maßgeblich auf das weitere Leben auswirkt.

Da sich diese Ungerechtigkeit bis zum Studium weiterzieht, da noch lange nicht jeder, der oder die das möchte, ein Studium aufnehmen kann, weil es zu teuer ist oder schlicht Informationen oder Unterstützung fehlen, habe ich mich in meiner Unizeit auch ganz viel bei den Juso-Hochschulgruppen und in der Hochschulpolitik engagiert. Hierüber konnte ich in Gremien und im Allgemeinen Studierenden-ausschuss mitarbeiten und konkrete eigene Projekte und Ideen umsetzen. Durch mein Engagement hat sich für mich auch die Gelegenheit ergeben, dass ich 2016 zur Geschäftsführerin der Juso-Hochschulgruppen gewählt wurde und so zweieinhalb Jahre im Berliner Willy-Brandt-Haus für den Studierendenverband der SPD gearbeitet habe. Nach den Jahren in Berlin und dem Abschluss meines Masterstudiums in Münster bin ich nun sehr froh, wieder näher zuhause zu sein, auch wenn durch die Arbeit ja noch ein enger Draht nach Berlin vorhanden ist.



Marieke Reiffs ist Büroleiterin in meinem Bielefelder Büro

Denn genau darum geht es ja auch in der Wahlkreisarbeit. Die Verknüpfung von Berliner Gesetzesvorhaben und Maßnahmen mit den konkreten lokalen Anliegen und Gegebenheiten. Als Büroleiterin koordiniere ich Wiebkes Projekte und Veranstaltungen im Wahlkreis, begleite Termine, schreibe Pressemitteilungen und organisiere das Team im Wahlkreisbüro. Dabei gefällt mir besonders, dass wir neue Ideen auch einfach mal ausprobieren und nicht nach dem Motto

„Das haben wir doch schon immer so gemacht“ verfahren. Mein Herz schlägt außerdem für die politische Bildung. Daher bin ich schon sehr gespannt, wenn nach der Pandemie wieder mehr Kontakt mit Schulklassen möglich ist, um bereits den Jüngeren nahe zu bringen, dass Politik für sie da ist und nichts fernes Abstraktes. Vielmehr beginnt Politik ja bereits im Kleinen und Konkreten, in der Suche nach der besten Lösung für ein Problem.

Mitten in einer Pandemie einen neuen Job anzufangen, ist auf jeden Fall eine spannende Erfahrung, die sich hoffentlich nicht allzu häufig wiederholt. Damals hätte ich nie gedacht, dass ich bis in den Sommer 2021 hinein den Großteil meiner Arbeit vollständig im Homeoffice ausüben werde und der Büroalltag aus Videokonferenzen besteht. Auch wenn es ein ungewöhnlicher Start war, muss ich doch sagen, dass wir als Team immer versuchen, das Beste hieraus zu machen und die Arbeit im Homeoffice neben dem Schutz der Gesundheit auch viele Vorteile und Entlastung im Alltag bedeutet. Trotzdem freue ich mich auch schon wieder auf gemeinsame Büro-Mittagspausen mit den leckeren Schokowecken der Bäckerei nebenan. Für die Zeit nach der Pandemie wünsche ich mir aber am allermeisten, dass wir nicht vergessen, was es bedeutet, mit anderen solidarisch zu sein und in der Politik die Interessen von Kindern und Familien endlich ernst zu nehmen. Dieses Ziel in Wiebkes Arbeit weiter zu unterstützen, bleibt daher mit Sicherheit auch weiterhin eine wichtige und spannende Aufgabe.

Auf ein Eis mit Wiebke – meine nächste Bürger*innensprechstunde

Weil der Sommer heiß wird, weil wir alle gerne Eis essen und weil sich dabei bestens über Politik plaudern lässt, werde in den Sommerferien die Bielefelder Eisdielen abklappern und hoffe Euch dort zu treffen. **Start ist am 21.07. um 17:00 Uhr an der Arndtstraße 6-8.**

Ich soll unbedingt auch bei Deiner Lieblingseisdielen vorbei kommen? Dann melde dich bei mir, ich freue mich über Vorschläge und komme gerne vorbei!



Unterwegs im August

Aktuelle Infos, wo ich unterwegs bin, findet Ihr bei Facebook oder auf meiner Homepage.

Ein paar Beispiele, wo Ihr mich im August treffen könnt, findet ihr hier:

- **10.08., 18:00 Uhr** „Familien nach Corona“ politische Diskussion, online
- **15.08., 15:00 Uhr** Besuch des Schrebergarten Melanchthonstraße
- **18.08., 17:00 Uhr** Frauensalon – Austausch über Gleichstellungs- und Frauenpolitische Themen (Ort auf Anfrage)
- **23.08., 18:00 Uhr**, Podiumsdiskussion ‚Verkehrswende‘ Ravensberger Spinnerei
- **25.08., 14:30 Uhr**, Podiumsdiskussion ‚Politik für Senior*innen‘, Verein für Zeitgemäßes Leben, Neues Rathaus
- **31.08., 17:30 Uhr**, Podiumsdiskussion, VerDi OWL, Ravensberger Spinnerei

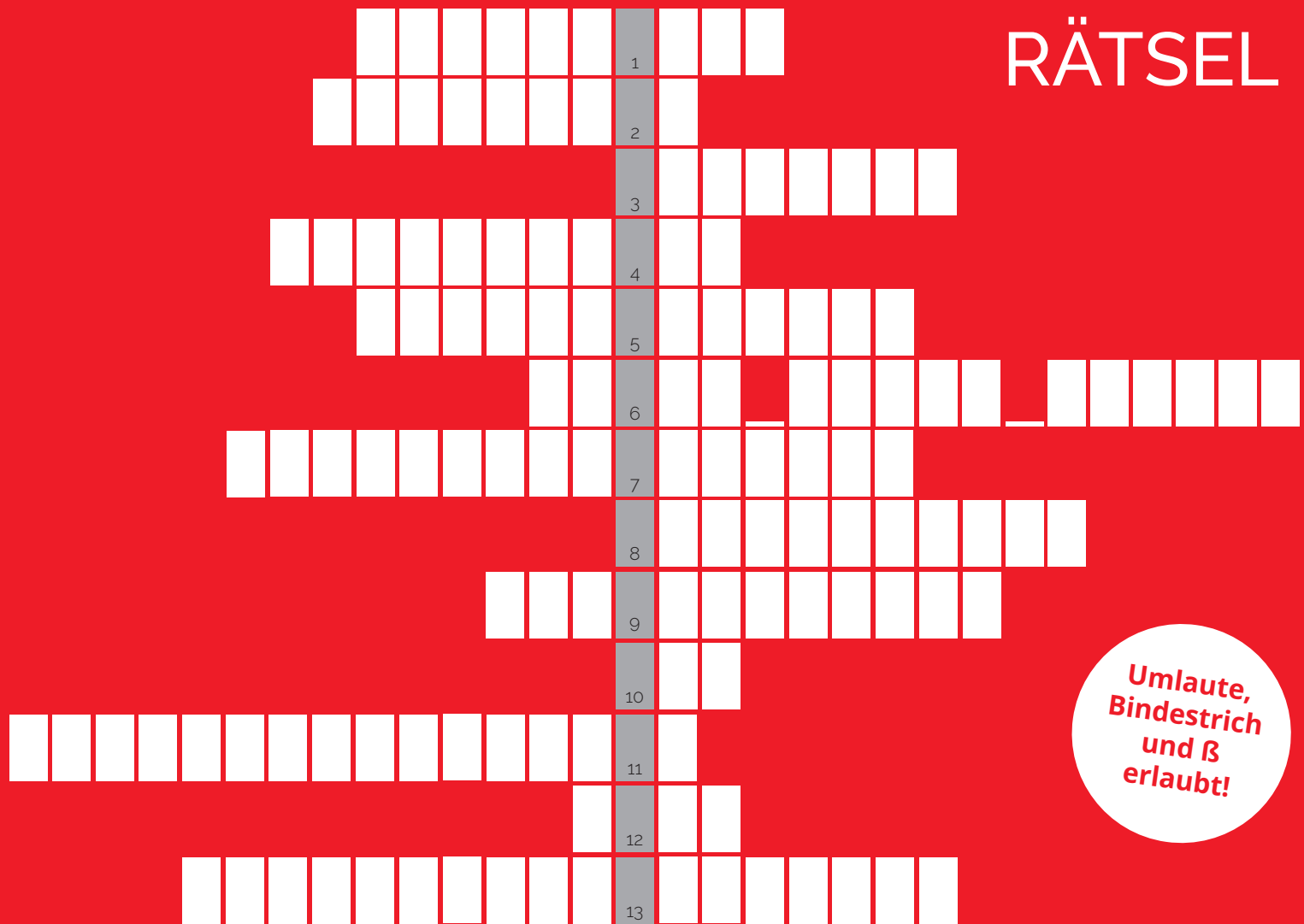


Infostand zur Generationengerechtigkeit



Am 29. 07. 2021 ab 16:30 Uhr hält der rote VW-Bus der Arbeitsgemeinschaft 60plus am Altstädter Kirchplatz um mit Euch ins Gespräch zu kommen. Über Generationengerechtigkeit, Renten- und Finanzpolitik sowie natürlich alle weiteren Themen, die euch auf dem Herzen liegen. Dafür besucht uns **Lothar Binding** – Finanzpolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion und Bundesvorsitzender der AG 60plus. Ich freue mich, wenn wir uns dort sehen!

RÄTSEL



**Umlaute,
Bindestrich
und ß
erlaubt!**

1. Die Bürger*innen herrschen durch gewählte Vertreter*innen. Also ist Deutschland eine...
2. Am 8. Mai ist ein Gedenktag. Wir feiern den Tag der [...] vom Nationalsozialismus.
3. Wer andere Kulturen unserer Welt akzeptiert und respektiert zeigt sich...
4. Wo befindet sich in Bielefeld die Gedenkstätte Hanau?
5. Wie nennen sich die im Boden verlegten kleinen Gedenktafeln, die in der Stadt verteilt sind?
6. Die in den USA entstandene Bewegung, die sich gegen rassistische Gewalt einsetzt und vor allem im letzten Jahr sehr viel Aufsehen erregt hat, nennt sich...
7. Die neue Synagoge, auch bekannt als „Haus der Hoffnung“ und Heimat der jüdischen Kultusgemeinschaft Bielefelds befindet sich in Sieker an der
8. Bemüht sich der Staat um die soziale Gerechtigkeit in der Gesellschaft, dann nennt man ihn auch...
9. Wer sich für andere Menschen in der Öffentlichkeit einsetzt und Bürger*innen-Mut zeigt, beweist...
10. Wer stimmte 1933 als einzige Partei gegen das Ermächtigungsgesetz der Nazis? Die...
11. Wie wird das Wahlprogramm 2021 der SPD auch genannt?
12. Folgender Slogan ist stadtweit bekannt: Bielefeld ist [...] und vielfältig.
13. Im November 2019 stellten sich ca. 14.000 [...] einer Nazi-Demo entgegen.

Der Einsendeschluss für das Lösungswort ist der 18.07.2021. Wir bitten Euch, das Lösungswort mit dem Betreff „Lösung des Rätsels“ an wiebke.esdar.wk@bundestag.de zu senden.

Der Rechtsweg ist ausgeschlossen, auf die Gewinner*innen warten auch dieses Mal spannende Preise.

IMPRESSUM

Herausgeberin: Dr. Wiebke Esdar, MdB
V.i.S.d.P.: Dr. Wiebke Esdar
Redaktionsschluss: 25.06.2021

Arndtstr. 6-8
33602 Bielefeld
Tel.: 0521 3294370
Web: www.wiebke-esdar.de